

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 27. Juni 2019

05. Juni 2019

REFORM DES PENSIONSVERSICHERUNGSSYSTEMS

Das österreichische Pensionssystem und die Reformen der letzten Jahre berücksichtigen zu wenig, dass sich die Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat. So ist etwa unter den selbstständig Erwerbstätigen die Anzahl der Ein-Personen-Unternehmen, genauso wie die Zahl der hybrid und / oder Teilzeit-Selbständigen stark angestiegen. Diese gehören jedoch nicht selten zu den Geringverdiener*innen unter den Selbstständigen, wie auch die Einkommensstatistik der Statistik Austria belegt.

Unter den Working Poor sind außerdem die Selbständigen mit 16% die größte Gruppe.¹ Frauen sind deutlich mehr betroffen als Männer. Ein geringes Einkommen führt im österreichischen Pensionssystem in der Folge zu einer niedrigen erwartbaren Pension.

Gleichzeitig gibt es eine beträchtliche Anzahl an Branchen, deren Angebote stark von Pensionist*innen in Anspruch genommen werden, da diese derzeit noch eine relativ starke Kaufkraft besitzen. Sie konsumieren z.B. kräftig im Tourismus, in der Freizeit- und Gesundheitswirtschaft. Eine zukünftig erwartbare, schlechtere finanzielle Ausstattung dieser Altersgruppe könnte auch zu Einbrüchen bei den Umsätzen in diesen Branchen führen.

Es erscheint daher aus Sicht der Grünen Wirtschaft wenig sinnvoll, wenn eine immer größer werdende Personengruppe (Pensionist*innen) in Zukunft mit geringeren Einkommen (Pensionsbezüge) leben muss, zumal dies die Selbständigen besonders stark betrifft.

Das österreichische Pensionssystem muss daher fit für die veränderten Erwerbsbiografien und Arbeitswelten werden. Dazu soll vor allem Altersarmut entgegengewirkt werden. Dies gelingt am Besten, wenn sichergestellt wird, dass alle Menschen mittels einer Grundpension in Höhe der derzeitigen Ausgleichsgrundlage abgesichert werden. Als zweite Komponente des Pensionssystems schlagen wir die Ausschüttung eines Erwerbspensionsanteils basierend auf Versicherungsbeiträgen auf Grund von Erwerbstätigkeit vor.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die WKO soll gemeinsam mit den Sozialpartner*innen und Expert*innen ein Modell einer Pensionsreform auf Basis einer existenzsichernden Grundpension und einem Erwerbspensionsanteil ausarbeiten, um

¹ Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2018, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/080920.html.

WIRTSCHAFT GRÜNER DENKEN?

JA, KAMMA!



insbesondere die größer werdende Gruppe der Working Poor unter den Unternehmer*innen gegen Altersarmut abzusichern.

Diese soll dem Nationalrat und der Bundesregierung nach der Neuwahl im September 2019 als Vorschlag für die gesetzliche Weiterbearbeitung zugeleitet werden.

Stefan Pusch

Hans Arsenovic

Sabine Jungwirth